

[← zurück](#)

Sparkassengesetz

Grüne stimmen mit CDU und FDP

VON PITT VON BEBENBURG



Logo der Sparkasse
(Foto: dpa)

Die Grünen sorgen für Ärger im geplanten rot-grün-roten Regierungsbündnis. Erstmals haben sie sich mit CDU und FDP verbündet, um ein Gesetz auf den Weg zu bringen. Gemeinsam wollen die drei "Jamaika"-Parteien in der nächsten Woche ein neues Sparkassengesetz verabschieden. SPD und Linke sind sauer.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Mathias Wagner, räumte ein, dass ein solches Vorgehen in der angestrebten Koalition mit der SPD nicht mehr möglich wäre. Derzeit aber "gelten die ‚hessischen Verhältnisse‘", fügte der Grüne hinzu. Das bedeute: "Wir sprechen mit allen und versuchen, möglichst viele grüne Inhalte durchzusetzen."

Mit dem geplanten Sparkassengesetz schaffen CDU, FDP und Grüne den Geldinstituten in öffentlicher Hand neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Gleichzeitig versuchen sie, jede Möglichkeit einer Privatisierung der Sparkassen zu unterbinden. Die CDU hatte den Sparkassen mit einer Neufassung des Gesetzes 2007 erlaubt, "Stammkapital" zu bilden. Fachleute befürchteten, damit werde die Tür zum Zugriff privater Banken auf die Sparkassen geöffnet. Nun dreht die CDU selbst das Modell wieder mit zurück.

Dafür werden nach Angaben der Grünen-Wirtschaftspolitikerin Margaretha Hölldobler-Heumüller neue Wege zum Erhalt und zur Kooperation der Sparkassen eröffnet. So ist die Möglichkeit vorgesehen, dass Sparkassen sich unter dem Dach einer Holding zusammenschließen. Diese Lösung wird insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet eröffnet. Außerdem können Institute in "Stiftungssparkassen" umgewandelt werden. Dagegen hatten SPD und Linke Bedenken geltend gemacht. Sie verwiesen darauf, dass sich Kommunalverbände und der Sparkassenverband dagegen aussprechen.

Jetzt haben CDU, FDP und Grüne kurzfristig eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses für Freitagfrüh anberaumt. Ihr Entwurf könnte bereits in der nächsten Woche Gesetz werden, wenn er im Landtags beraten wird.

"Seltsam und bedauerlich"

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Reinhard Kahl, zeigte sich befremdet über das "merkwürdige Verfahren". Die Sozialdemokraten seien davon ausgegangen, dass das Thema in Koalitionsverhandlungen besprochen werde. Nun wollten die Grünen offenbar "im Schweinsgalopp vollendete Tatsachen schaffen". Die Linken-Abgeordnete Janine Wissler nannte das Verhalten der Grünen "sehr seltsam und sehr bedauerlich". Sie hätte sich "gemeinsame Gespräche in der Frage zwischen SPD, Grünen und uns" gewünscht. Die FDP hingegen jubelte. Ihr Fachmann Dieter Posch sagte, er sehe kein Problem, auch in anderen Wirtschaftsfragen mit den Grünen eine gemeinsame Position zu finden. Seit April hatten CDU, FDP und Grüne zwei Mal eine Jamaika-Mehrheit zusammengebracht. In beiden Abstimmungen ging es aber nur um Anträge und nicht um Gesetzentwürfe.

Kommentar R 4

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 17.09.2008 um 19:04:01 Uhr
Letzte Änderung am 17.09.2008 um 21:39:14 Uhr
Erscheinungsdatum 17.09.2008 um 19:04:01 Uhr

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1595996&em_loc=1234